Prioritätenordnung für die Denkmalpflege

445.16

vom 29. Juni 1994 (Stand am 1. Januar 1995)

Das Eidgenössische Departement des Innern,

gestützt auf Artikel 13 Absatz 2 des Subventionsgesetzes vom 5. Oktober 1990¹
(SuG),

verordnet:

Art. 1 Geltungsbereich

Die Prioritätenordnung gilt für alle im Bundesbeschluss vom 14. März 1958² betreffend die Förderung der Denkmalpflege (BBDP) und dessen Ausführungsbestimmungen vorgesehenen, im Aufgabenbereich des Bundesamtes für Kultur (Bundesamt) sowie dem ihm vorgesetzten Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) liegenden Finanzhilfen der Denkmalpflege.

Art. 2 Grundsatz

¹ Massnahmen der Denkmalpflege werden vom Bund aufgrund des BBDP³ und der Ausführungsbestimmungen grundsätzlich gefördert, wenn sie sachlich notwendig und in der Ausführung nicht aufschiebbar sind.

² Es besteht kein Anspruch auf Finanzhilfen für Massnahmen der Denkmalpflege.

Art. 3 Erste Priorität

In die erste Priorität gehören insbesondere die folgenden Massnahmen der Denkmalpflege:

- a. Restaurierung von Objekten, die ohne Bundeshilfe gefährdet sind;
- b. Restaurierung von Objekten, deren Nutzung aus denkmalpflegerischen Gründen erheblich eingeschränkt wird;
- c. Restaurierung von Objekten, deren Anerkennung als Denkmal noch nicht im öffentlichen Bewusstsein ist;
- d. Restaurierungen mit spezifisch denkmalpflegerischer Fragestellung;
- e. archäologische Massnahmen inklusive Dokumentation, die ohne Gefährdung des geschichtlichen Bestandes zeitlich nicht aufschiebbar sind.

AS 1994 1619

¹ SR 616.1

² SR 445.1

³ SR 445.1

Art. 4 Zweite Priorität

Zweite Priorität haben alle Massnahmen in finanzstarken Kantonen.

Art. 5 Dritte Priorität

Dritte Priorität haben:

- a. Massnahmen, die nicht mit denkmalpflegerisch begründeten erhöhten Aufwendungen verbunden sind;
- b. Massnahmen, die nicht der Abwendung einer unmittelbaren Gefahr für die historische Substanz dienen;
- c. archäologische Massnahmen inklusive Dokumentation, die ohne Gefährdung des geschichtlichen Bestandes zeitlich aufschiebbar sind;
- d. die Erarbeitung von Grundlagen, die vorwiegend wissenschaftlichen Zielen dienen.

Art. 6 Behandlung der Gesuche

¹ Kann aufgrund der Finanzlage einem Gesuch für ein Geschäft zweiter oder dritter Priorität voraussichtlich bis Ende des der Einreichung folgenden Jahres nicht entsprochen werden, so wird es beim Eingang mit Verfügung abgelehnt.

² Die Begründung enthält den Hinweis auf diese Prioritätenordnung.

³ Wenn die verfügbaren Kredite nicht ausreichen, um alle Geschäfte der ersten Priorität zu berücksichtigen, können auch Gesuche der ersten Priorität abgelehnt werden.

Art. 7 Ausnahmen

Ausnahmsweise können Geschäfte zweiter oder dritter Priorität in Betracht gezogen werden, wenn zeitlich und sachlich dringliche Massnahmen zur Rettung eines einzigartigen, besonders gefährdeten Objektes sonst nicht ergriffen würden und nicht anderweitig finanzierbar sind.

Art. 8 Dringlichkeitsvorschlag der Kantone

¹ Die Kantone legen dem Bundesamt periodisch eine Übersicht der von ihnen eingereichten und noch hängigen Gesuche vor.

² Die Gesuche sind dabei nach ihrer Dringlichkeit darzustellen.

³ Das Bundesamt berücksichtigt diese Dringlichkeitsvorschläge bei seinen Entscheiden über die Finanzhilfen.

Art. 9 Anwendungsbereich

¹ Die Prioritätenordnung gilt für alle Gesuche, die nach dem 1. Juli 1994 beim Bundesamt für Kultur eingereicht werden.

² Die Prioritätenordnung ist auf jene im Jahre 1993 und 1994 eingereichten Gesuche anwendbar, bei denen mit der Eingangsbestätigung mitgeteilt worden ist, dass ihr Erlass vorbereitet wird.

Art. 10 Inkrafttreten

Diese Prioritätenordnung tritt am 1. Juli 1994 in Kraft.